auf einmal 15% mehr

ittler rechnet anders

...andern um **eine gewinnorientierte Firma** handelt. Gleichwohl verspricht Lüdi eine Transparenzoffensive, wie die «Aargauer Zeitung» berichtete.

Wie andere Versicherungsmakler bietet Lüdi Kunden, ob und wie ein Kassenwechsel Sinn macht. Aber bei der Abrechnung lässt er sich in die Bücher blicken. **Kommt es zum Wechsel, schlüsselt er seine Provision auf und bezieht daraus sein Honorar für die Beratung.** Der Rest lande beim Kunden, verspricht er.

Die Offensive schmeckt offenbar nicht jedem Versicherer. In der Szene gilt er gar als Nestbeschmutzer, wie Lüdi selber sagt. **«Ich wurde mehrfach anonym angerufen und aufgefordert, mit meinem Projekt aufzuhören», sagt er.** Dabei wolle er nur einen fairen Ansatz in eine verrufene Branche bringen.

200 bis 300 Millionen Franken schütten Krankenkassen jährlich an Provisionen aus. Deren Verteilung ist nebulös. Klar ist nur einer: Am Ende profitieren die Versicherten. Richard Lüdi weiss: **«Mit Tricks und cleverer Beratung schafft man es, Leben zwischen den Krankenkassen herumzuschieben und so abzukassieren.»**

Shamiram Stefanon

POLITIK & WIRTSCHAFT

Bundesrat kommt der Wirtschaft entgegen

Bern – Der Bundesrat hat entschieden, für 2017 die Kontingente für Erwerbstätige aus Drittstaaten von 6500 auf 7500 aufzustocken. Damit kommt die Regierung den Forderungen der Arbeitgeber etwas entgegen. Sie hatten die Erhöhung auf 8500 Drittstaaten-Ausländer gefordert.

Weniger Geld für die Entwicklungshilfe

Bern – Die Finanzkommission des Nationalrats will bei der Entwicklungshilfe mehr sparen als der Bundesrat. Auch das Bundespersonal soll zusätzlich bluten. Verschonen will die Kommission die Landwirtschaft und die Bildung.

Strafverfahren gegen Falcon Bank

Bern – Die Bundesanwaltschaft hat ein Strafverfahren gegen die Falcon Bank eröffnet. Die Privatbank hat mutmasslich beim Skandal um den malaysischen Staatsfonds 1MDB Gelder krimineller Herkunft gewaschen.

UBS-Präsident Axel Weber verteidigt SNB

Zürich – UBS-Verwaltungsratspräsident Axel Weber kritisiert die Notenbanken. Die Negativzinsen schädigten Wirtschaft und Finanzsystem, sagte er an einem Vortrag. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) nahm er von der Kritik aus. Ihre Massnahmen gegen den starken Franken seien angemessen.

Galaxy-Debakel kostet Samsung Milliarden

Seoul – Das Fiasko mit dem Smartphone Galaxy Note 7 schlägt bei Samsung massiv auf den Gewinn durch. Der Quartalsgewinn werde 2,2 Milliarden Franken tiefer ausfallen als erwartet, teilt Samsung mit.

Börse & Devisen

SMI	8368.0 (-0.8%)
DOW JONES	18'444.23 (+0.1%)
EUR/CHF	1.09
USD/CHF	0.98
GOLD	39'892 Fr./kg
BRENT	51.66 $/Fass

Selbst Inländervorrang light ist der EU zu viel

Brüssel stellt das Stoppschild auf

Nicht die Meldepflicht offener Stellen am RAV ist den EU-Juristen ein Dorn im Auge. Sondern die dritte Stufe des vom Nationalrat beschlossenen Inländervorrangs light – die Abholbremsmassnahmen.

Laut Vorschlag des Nationalrats kann der Bundesrat diese bei schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen beschliessen, um die Zuwanderung zu reduzieren. Allerdings nur dann einseitig, wenn diese Massnahmen das Freizügigkeitsabkommen nicht verletzen. Sonst ist der Gemischte Ausschuss zuständig. Darin sitzen EU- und Schweiz-Vertreter. Der Gemischte Ausschuss müsste solche Massnahmen gutheissen – sonst sind dem Bundesrat die Hände gebunden.

Dies geht laut den EU-Juristen aber auch nicht, wie ein EU-internes Papier zeigt, das SRF zugespielt wurde und das BLICK vorliegt. **Die Juristen machen sich «amüsiert» über den unilateralen Charakter der Massnahmen.**

Die renommierte Schweizer Europarechtsexpertin Christa Tobler stützt die Meinung der EU-Juristen. «Wir haben hier tatsächlich ein verfahrensrechtliches Problem.»

Obwohl auch das Personenfreizügigkeitsabkommen eine Schutzklausel beinhalte, sehe dieses ein anderes Verfahren vor. «Zuständig ist, dass der Bundesrat ein Problem in den Gemischten Ausschuss trägt und dort gemeinsam eine Entscheidung gefällt wird», so die Professorin für Europarecht an der Uni Basel. Der Nationalrat jedoch schlage vor, dass der Bundesrat bereits vorab einen Entscheid fälle – und diesen dann in den Gemischten Ausschuss tragen würde. «Dies widerspricht dem Verfahren, wie es das Abkommen vorsieht», so Tobler.

Nico Menzato

Finanzierungsaffäre um Atomausstieg

Grüne zerfleischen sich

Die Grünen und ihre Mitstreiter gegen die Atomkraftwerke schwimmen im Geld! Zwei Millionen Franken können sie im Kampf um Ja-Stimmen für ihre Initiative ausgeben. Dass sie aber konsequent verschweigen, welche der rund 40 unterstützenden Organisationen sich wie stark engagieren, sorgt in der linken Politszene für Kopfschütteln. **Nicht einmal die Grünen selbst wollen verraten, wie viel Geld sie investieren – obwohl die Partei Mitglied im Trägerverein der Transparenz-Initiative ist.** Diese verlangt die Offenlegung von Spenden über 10 000 Franken. SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, Co-Präsidentin des Trägervereins, zeigt denn auch «kein Verständnis» für die Geheimniskrämerei.

Die Berner AKW-Gegnerin hält fest: **«Wer seine Vorbildfunktion nicht wahrnimmt, macht sich angreifbar und unglaubwürdig.»** Diese Position vertritt auch alt Nationalrat Jo Lang. Der langjährige Vordenker der Grünen kritisiert: «Diese Praxis widerspricht grünen Prinzipien.» Beträge über 10 000 Franken müssten zwingend ausgewiesen werden. **«Ich erwarte von meiner Partei, dass sie sich an die Vorgaben der Initiative hält.»** Wortkarger gibt sich die aktuelle Parteielite.

Grünen-Ikone Jo Lang kritisiert die Parteispitze um Regula Rytz heftig: «Diese Praxis widerspricht grünen Prinzipien.»

Fotos: Keystone

Egal ob Präsidentin Regula Rytz, Fraktionschef Balthasar Glättli oder Nationalrätin Lisa Mazzone, die ebenfalls Co-Präsidentin der Transparenz-Initiative ist – sie alle zeigen mit dem Finger auf die anderen und fordern «gleiche Regeln» für alle.

Stellvertretend Glättli: «Wir sind bereits jetzt transparenter als die Gegenseite. Wenn die Gegenseite bei voller Transparenz mitmacht, würden wir das sicher auch.» An Realsatire grenzt die Stellungnahme der Jungen Grünen: «Die Jungen Grünen setzen sich konsequent und vehement für Transparenz in der Politik-Finanzierung ein. **Im Fall der Ausstiegs-Initiative haben wir aber Verständnis, dass diese nicht geschaffen wird,** denn es sind sehr viele Organisationen beteiligt. Jene Organisationen leisten alle eine andere wichtige Eigenleistung, welche nicht fair wäre, einfach öffentlich hochzurechnen.» **Christof Vuille**

BLICK-Leser überholt eine F/A-18 auf der A1

...ter folgte mit den Flügeln. Sind die ...ezi der Schweizer Luftwaffe nicht mehr in der Lage zu fliegen? Diesen Exemplar bestimmt nicht – **es ist aus Holz.** Luftwaffen-Sprecher Jürg Nussbaum erklärt: «Es handelt sich um ein sogenanntes Mock-up, das wir zu Trainingszwecken benutzen.»

Das Leser-Foto

...wird an **8989** ...ert. Mehr ...